

ORGAN:           Hauptausschuss 1

THEMA:           UMSETZUNG EINER VOLLSTÄNDIGEN NUKLEAREN ABRÜSTUNG

DIE GENERALVERSAMMLUNG,

*geleitet* von Artikel 1 Absatz 1 der Charta der Vereinten Nationen, der es zum Ziel der UN erklärt, Bedrohungen des Weltfriedens nachhaltig und wirksam zu verhüten und zu beseitigen,

*in Anerkennung* der Notwendigkeit einer vollständigen nuklearen Abrüstung um den Weltfrieden zu sichern,

*feststellend*, dass die Entwicklung von Nuklearwaffen durch alle Staaten vermieden werden muss,

*erkennend*, dass die internationale Staatengemeinschaft hier eng zusammenarbeiten muss,

*mit Ausdruck der Wertschätzung* an die Vereinigten Staaten von Amerika und die Russische Föderation, die kürzlich mit dem New-START einen wichtigen Schritt in der internationalen Abrüstung getan haben,

*betonend*, dass die internationale Atomenergie Behörde bei weiteren Abrüstungsbestrebungen eine zentrale Rolle einnehmen sollte,

1. *hebt* insbesondere *hervor*, dass das Ziel einer nuklearwaffenfreie Welt, wenn irgendwie möglich, bis 2050 erreicht werden soll;
2. *bittet* die IAEO darum, einen Stufen- und Zeitplan vorzustellen;
3. *fordert* jeden Staat dazu *auf*, in der Frage des Stufen- und Zeitplans uneingeschränkt mit der IAEO zusammen zu arbeiten;
4. *bittet* die IAEO weiterhin darum, die Durchführung des Abrüstungsplanes zu überwachen und die UN über die Fortschritte des Planes umfassend zu informieren;
5. *unterstreicht* die besondere Verantwortung der Atommächte gegenüber der internationalen Gemeinschaft in dieser Angelegenheit und erhofft sich von diesen eine Vorbildhaltung durch langfristige Abrüstung ihrer Arsenale;
6. *beschließt* eine genaue und objektive Dokumentation aller nuklearen Sprengköpfe und Trägersysteme durch die IAEO zur Schaffung von Transparenz;
7. *betont* die ständige Gefahr, die von allen Atomwaffen jederzeit ausgeht;
8. *schlägt* die verstärkte Zusammenarbeit der Staaten die im Besitz von Atomwaffen sind insbesondere der offiziellen Atommächte zur Koordinierung der Abrüstungsbestrebungen, um eine nachhaltige. vollständige und sichere Abrüstung zu gewährleisten, *vor*,

9. *verlangt* als unerlässlichen Schritt ein Verbot für atomare Tests um eine Modernisierung und Erweiterung der Arsenale zu erschweren beziehungsweise zu verhindern;
10. *lenkt die Aufmerksamkeit* auf die veränderte Sicherheits- und machtpolitische Lage der nun mehr asymmetrisch geordneten Welt, welche nicht nur durch eine erhöhte Wachsamkeit hinsichtlich der Bedrohung durch Terroristen oder kriminellen Banden geprägt sein muss, sondern auch eine dialogorientierte und nach dem Leitlinien der Global Governance ausgerichtet präventive Friedenspolitik beinhalten muss,
11. *erkennt* die Gefahr der unautorisierten Proliferation an Staaten oder Nichtstaatliche Akteure für die kollektive und individuelle Sicherheit *an* und fordert dringend ihre Mitgliedstaaten dazu auf, effektive Kontrolle durch Änderung nationaler Regelungen, Gesetze und Verfahren durchzusetzen;
12. *bekräftigt* die Bedeutung des Kernwaffen-Stopp-Vertrages (CTBT), dessen Inkrafttreten eine Notwendigkeit für eine langfristig gewährleistete Abrüstung darstellt;
13. *bekräftigt* weiterhin die Bedeutung des Atomwaffensperrvertrags, der als von allen offiziellen Atommächten ratifizierter Vertrag, ein fundamentales Element innerhalb der internationalen Abrüstungsbemühungen darstellt und verweist weiterhin auf Artikel VI des NVV, in welchem sich die Kernwaffenstaaten verpflichten, in redlicher Absicht Verhandlungen der wirksame Maßnahmen zur nuklearen Abrüstung führen;
14. *fordert* alle Mitgliedsstaaten der Vereinten Nationen *auf*, dem NVV beizutreten;
15. *schlägt vor* die im NVV festgelegten technologischen Hilfen zur Unterstützung der friedlichen Nutzung der Nuklearenergie auszuweiten, um den Beitritt zum NVV attraktiver zu machen;
16. *zieht* im Falle jeglicher nuklearer Aufrüstung ab 2013 strenge Sanktionen *in Erwägung*;
17. *hebt* die bisher und hoffentlich auch zukünftig erfolgreiche Arbeit der IAEO, die ihresgleichen sucht und auf eine kernwaffenfreie Weltgemeinschaft ausgerichtet ist, *hervor* und *weist* auf den Wert der staatlichen Souveränität im Rahmen der UN-Charta *hin*;
18. *fordert* die internationale Staatengemeinschaft dazu *auf*, Konflikte, die aus dem Bruch des Atomwaffensperrvertrages resultieren, bevorzugt mithilfe von Verhandlungen zu lösen;
19. *regt an*, dass die Atomwaffen, die in Hoheitsgebieten stationiert sind, welche nicht zu dem besitzenden Staat gehören, bis zum Jahr 2030 aus diesen entfernt und im besten Falle vernichtet werden;
20. *erkennt* das Recht der kollektiven Selbstverteidigung eines Staates nach Artikel 51 *an*, *kommt* jedoch *zu dem Schluss*, dass ein nuklearer Erstschat ein Verbrechen gegen die Menschheit darstellt und daher von der Weltgemeinschaft geächtet werden muss;

21. *beschließt*, mit der Angelegenheit aktiv befasst zu bleiben, bis eine Welt ohne nukleare Waffen erreicht ist.